

Stellungnahme der FDP Baden-Württemberg

von Dennis Birnstock, MdL

1. Verlässlichkeit der Betreuung

Frage: Welche konkreten, kurzfristig wirksamen Maßnahmen plant Ihre Partei, um verlässliche Betreuungszeiten (z. B. Ganztagsangebote, vereinbarte Abhol-/Bringzeiten) auch bei Personalengpässen dauerhaft sicherzustellen? Bitte nennen Sie Zeitplan und Finanzierungsquelle.

Antwort:

Für uns gilt: Die Verlässlichkeit der Betreuung ist ein wesentlicher Aspekt und Voraussetzung für echte Wahlfreiheit und wirtschaftliche Teilhabe.

Kurzfristig wirksame Maßnahmen, die die Personalsituation und damit auch die Verlässlichkeit verbessern, sind für uns:

- **Flexibilisierung der Personalvorgaben** (mehr multiprofessionelle Teams, Anerkennung geeigneter Fachkräfte aus dem Ausland beschleunigen, sofern Sprachniveau ausreichend).
- **Fachkräfte-Anwerbung** (Anwerbung insbesondere aus Bundesländern, in denen es deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher gibt, als benötigt werden)
- **Bürokratieabbau in Kitas und Ganztag**, damit Fachkräfte mehr Zeit für die Kinder haben.
- **Matchingsystem einführen**, um die Einstellung von fachfremden Zusatzkräften zu erleichtern

Zeitlich sollten diese Maßnahmen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Da es sich hauptsächlich um Veränderungen der Rahmenbedingungen handelt und damit keine Haushaltsberatungen abzuwarten sind, sollten diese Maßnahmen im ersten Jahr der Regierungsbeteiligung möglich sein, spätestens aber in der ersten Hälfte der Legislaturperiode. Wenn finanzielle Mittel benötigt werden, müssten diese aus den Mitteln des Kultusministeriums finanzierbar sein.

2. Personalgewinnung und -bindung

Frage: Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um genügend Fachkräfte für Kitas und Schulkindbetreuung zu gewinnen und zu halten (z. B. Vergütung, Ausbildungskapazitäten, Quereinstiegsprogramme, tarifliche Regelungen, Arbeitszeitmodelle)? Nennen Sie messbare Ziele und das dazugehörige Budget.

Antwort:

Wir setzen auf ein Bündel aus Maßnahmen, die vor allem die Attraktivität und die Zugangsmöglichkeiten des Berufsbilds im Blick haben. Denn wir müssen verhindern, dass bestehendes Personal das Feld verlässt.

- **Ausbildungskapazitäten erhöhen** (insbesondere praxisintegrierte Ausbildung und „Direkteinstieg Kita“ ausbauen).
- **Schnellere Anerkennung** ausländischer Abschlüsse.
- **Entlastung der pädagogischen Fachkräfte** durch Verwaltungs-, Hauswirtschafts- und Zusatzkräfte.
- **Erhöhung der Leitungszeit**, damit Kitaleitungen ausreichend Zeit für Konzeption, Verwaltung und Personalführung haben

Sofern es den Landeshaushalt betrifft, lassen sich die Forderungen durch Priorisierung in der Haushaltsplanung finanzieren. Vor allem durch Entbürokratisierung und beispielsweise auch einen kleineren Landtag ließen sich Mittel frei machen, die besser im Bildungsbereich verwendet werden könnten.

3. Schulkinderbetreuung / Ganztag und Übergänge

Frage: Wie möchte Ihre Partei die koordinierten Übergänge zwischen Hort, Offener Ganztagsschule (OGS) und schulischen Ganztagsangeboten sowie verlässliche Ferienbetreuung sicherstellen? Welche Mindestpersonalschlüssel und Qualitätskriterien sollen gelten? Wie gehen Sie damit um, wenn vorhandene Plätze für die Erfüllung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/2027 für die neuen Erstklässler nicht ausreichen, um den Platzbedarf zu decken?

Antwort:

Um den Rechtsanspruch erfüllen zu können, braucht es ein Mix aus verschiedenen Betreuungsformen: Ganztagsschulen (nach §4a SchulG) und kommunaler Betreuungsangeboten, inklusive der Horte. Um dieses Angebot unter starker Beteiligung außerschulischer Akteure und einer verlässlichen Betreuung – auch zu Ferienzeiten – zu ermöglichen, braucht es endlich transparente und verlässliche Rahmenbedingungen sowie folgende Punkte:

- **Verlässliche Finanzierungsstruktur**, die ein vielfältiges und qualitätvolles Angebot sicherstellt
- **Differenzierter Fachkräftekatalog**, vom Ehrenamtlichen mit Kinderschutzschulung bis hin zur pädagogischen Fachkraft; mit entsprechenden Qualifizierungswegen und -angeboten)
- **Personalschlüssel muss sich mittelfristig am Hort-Standard orientieren**, sodass es keine zwei unterschiedlichen Standards gibt
- **Schulkonferenzen müssen wieder mitentscheiden dürfen**, ob ihre Schule zur Ganztagsschule wird oder nicht
- **Koordinationsstellen und Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden**, um außerschulische Akteure sinnvoll in den Ganztag einzubinden
- **Die Wahlfreiheit der Eltern zwischen verschiedenen Betreuungsmodellen sicherstellen**

Da sich der Rechtsanspruch zunächst nur an die 1. Klässler richtet, muss vermieden werden, dass zur Sicherstellung bestehende Betreuungskapazitäten der höheren Klassenstufen abgebaut werden und so eine Betreuungslücke für bereits betreute Kinder

entsteht. Daher muss alles daran gesetzt werden, dass ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Über eine mögliche Priorisierung, wenn es nicht ausreichend Plätze geben sollte, hat am Ende jedoch die Kommune zu entscheiden.

4. Notfall-/Ersatzkonzepte & Qualitätswahrung

a) Frage: Welche rechtlichen/operativen Vorgaben schlagen Sie vor, damit bei kurzfristigen Personalausfällen Betreuungszeiten nicht einseitig reduziert werden (z. B. verpflichtende Vertretungsreserven, Poolkräfte, kooperative Ersatzmodelle zwischen Trägern)?

b) Frage: Welche Betreuungsformen sind Ihnen als Partei besonders wichtig und welche Maßnahmen sehen Sie als notwendig an, damit die Kinder qualitätsgesichert betreut und gebildet werden?

Antwort zu a):

Oft können die Träger bzw. Kommunen nur reagieren, wenn das Personal auf Grund von Krankheit, Beschäftigungsverbot oder ähnliches kurzfristig knapp wird. Da ist es wichtig, dass das Land mit den richtigen Rahmenbedingungen die nötige Flexibilität schafft. Dazu gehört:

- **Mehr Flexibilität beim Einsatz von Zusatzkräften**, um vorübergehende Engpässe besser abzufedern.
- **Rechtssichere Vertretungsmodelle zwischen verschiedenen Trägern.**
- **Weg von einem gruppenbezogenen hin zu einem kindbezogenen Mindestpersonalschlüssel** für mehr Flexibilität

Antwort zu b):

Für uns als Freie Demokraten ist es wichtig, dass die Betreuungsform zur jeweiligen Familie passt. Denn die Familie hat zu entscheiden, welche Art von Betreuung sie in Anspruch nehmen will, der Staat hat dafür das entsprechende Angebot zu schaffen. So wollen wir mit einem Gutscheinmodell, bei dem das Geld dem Kind folgt, die Wahlfreiheit der Eltern bei der Wahl der Betreuungsform stärken. Son könnte ein entsprechender Gutschein entweder zur Reduzierung der Betreuungskosten in der Kita oder in der Kindertagespflege eingesetzt werden oder zur Wahrnehmung von Bildungsangeboten (bspw. in Familienbildungsstätten) dienen, wenn die Betreuung überwiegend zu Hause stattfindet. Dabei gilt die Kindertagespflege für uns als vollwertige Säule der frühkindlichen Bildung. Die Qualität wollen wir vor allem sichern durch:

- **Verbindliche Standards im Orientierungsplan**
- **Stärkung der frühkindlichen Diagnostik**
- **Gezielte und verbindliche Sprachförderung** bei entsprechendem Förderbedarf

5. Kapazitätsausbau & Infrastruktur

Frage: Welche konkreten Ausbau- und Modernisierungspläne (Platzschaffung, Tagesstruktur, Raumausstattung) fördern Sie für städtische und freie Träger — und wie stellen Sie sicher, dass Bedarfe in einzelnen Kommunen (z. B. wachsende Ortsteile) priorisiert werden?

Antwort:

Wir Freie Demokraten wollen den Kommunen vor allem den nötigen finanziellen Spielraum geben, dass sie und die freien Träger ausreichend Geld für die Schaffung der Betreuungsplätze zur Verfügung haben. Gleichzeitig sollte das Land ähnlich wie auch im schulischen Bereich, die Schaffung von Betreuungsplätzen unterstützen. Dazu gehört auch:

- **Schnellere Bauverfahren ermöglichen**, durch einfachere Bauvorgaben
- **Koordinierungsstellen**, die den nötigen Ermessensspielraum besitzen und so unterschiedliche Genehmigungsverfahren abnehmen können
- **Digitale Ausstattung der Kindertageseinrichtungen mit Hard- und Software** durch Förderprogramme unterstützen

6. Transparenz, Monitoring und Bürgerbeteiligung

Frage: Wie will Ihre Partei Verlässlichkeit, Personalsituation und Betreuungsqualität regelmäßig messen und öffentlich berichten (Indikatoren, Mindestberichtspflichten, Sanktionen bei Nichterfüllung)? Wie werden Eltern und Beschäftigte in die Lösungsfindung eingebunden?

Antwort:

Für eine auskömmliche Betreuungslandschaft ist eine fundierte Datenbasis Grundlage. Daher ist es wichtig, dass Eltern frühzeitig – sofern es absehbar ist – ihre Betreuungsbedarfe melden, sodass sich die Kommunen auf einen zunehmenden oder abnehmenden Bedarf einstellen können. Dazu gehört allerdings genauso die Übersicht über das vorhandene Personal. Nachdem die aktuelle Landesregierung leider auf die Erhebung einer Personalstatistik bei der Betreuung im Grundschulalter verzichtet hat, wollen wir Freie Demokraten diese einführen. Denn nur wenn man weiß, wie viel Personal zur Verfügung steht, kann man vorausschauend planen. Wir Freie Demokraten wollen darüber hinaus allerdings die Berichtspflichten so gering wie möglich halten – vor allem für die pädagogischen Fachkräfte, dass diese sich auf die Kinder konzentrieren können. Für die Qualitätssicherung setzen wir dabei auch auf die Eltern, die ja ein Interesse an einer guten Qualität haben. Hierzu wollen wir auch die Elternbeiräte stärken und die Angebote der Elternstiftung sichtbar machen und ausbauen.

7. Finanzierbarkeit

Frage: Wie sollen die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung auf vorstehend genannte Antworten finanziert werden?

Antwort:

Für uns Freie Demokraten ist Bildung der Schlüssel zum Aufstieg und zum Wohlstand unserer Gesellschaft. Daher müssen für die Bildung und Betreuung – von Anfang an – ausreichend Gelder bereitgestellt werden. Die Grundlage dafür, dass dieses Geld vorhanden ist, ist eine funktionierende Wirtschaft mit resultierenden Steuereinnahmen. Gleichzeitig ist eine verlässliche Betreuung auch wieder eine Grundlage für eine ausreichende Fachkräfteverfügbarkeit. Man muss sich diese Betreuung aber auch leisten können. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns für eine Überarbeitung der Finanzierungsstruktur der Kinderbetreuung ein, die gemeinsam mit Elternvertretern, Trägern, der Kindertagespflege, kommunalen Landesverbänden und pädagogischen Fachkräften ausgearbeitet und altersübergreifend ausgestaltet wird. Dabei soll das oben schon erwähnte Gutscheinmodell eine Finanzierungssäule darstellen, die die Wahlfreiheit der Eltern stärkt. Gleichzeitig müssen aber auch die Kosten eines Betreuungsplatzes durch gemeinsame Beschaffungen, Entlastungen der Fachkräfte, weniger Bürokratie sowie schnelleres und einfacheres Bauen deutlich gesenkt werden. Denn ein Betreuungsplatz muss am Ende für alle bezahlbar sein: für Eltern aber auch für den Staat, der sich aus Steuermitteln finanziert.

Wir bedanken uns herzlich für die Stellungnahme und die Bereitschaft zum Dialog mit unserer Kitastrophe Ostfildern!